

## Aufstand der LandarbeiterInnen in Südafrika

### Für Menschenwürde und Existenz sichernde Löhne

**30 JAHRE**

**1983 – 1993:  
Die ersten 10 Jahre**

Am 1. Mai 1983 nahm der SOLIFONDS seine Arbeit mit einer ersten Unterstützungsaktion auf. Diese war für die südafrikanischen Gewerkschaften der TextilarbeiterInnen und der Metallarbeiter bestimmt, letztere befanden sich im Streik beim Aluminiumhersteller Alusaf, an der Alusuisse zu 22 Prozent beteiligt war. Die Solidarität mit südafrikanischen Gewerkschaften, die das Apartheidregime von innen bekämpften, blieb ein SOLIFONDS-Schwerpunkt bis in die 1990er Jahre hinein.

In Asien waren es die Philippinen, mit einem Streik der ArbeiterInnen bei Nestlé und einem nachfolgenden jahrelangen Rechtsstreit, die im Zentrum unserer Arbeit standen. Unterdessen kämpften in Bangladesh landlose Bauern unter der Militärdiktatur für eine Agrarreform und in Indien streikten die ArbeiterInnen bei Unilever.

Weitaus am meisten widmete sich der SOLIFONDS in seinen ersten Jahren Gewerkschaftskämpfen in Honduras, El Salvador und Nicaragua. Dort hatten die herrschenden Oligarchien mit Krieg auf die Forderungen der Bevölkerung reagiert. In Chile regierte Diktator Pinochet mit harter Hand. Elf Jahre nach dem Putsch gegen Präsident Allende führte der SOLIFONDS 1984 Solidaritätskampagnen mit der Unterstützung für Volksküchen und für verbannte Arbeiterinnen und Arbeiter durch. In Bolivien und Peru standen die Kämpfe der Minenarbeiter im Zentrum der SOLIFONDS-Unterstützung, in Kolumbien die der Bananenarbeiter.

Hinzu kamen Rechtshilfe für politisch Verfolgte in verschiedenen Ländern und die Unterstützung von Kampagnen zur Durchsetzung der Menschenrechte.



Seit November fordern FarmarbeiterInnen in der Kap-Region mit Protestaktionen einen fairen Lohn: 150 Rand pro Tag. Foto: Mike Hutchings/REUTERS

*«Ich heisse Gert und arbeite seit über 20 Jahren auf der gleichen Farm. Mein Leben dort ist schrecklich. Ich will nicht über den tiefen Lohn jammern. Ich möchte nur respektiert werden. Ich will ohne Angst und Schrecken arbeiten. Ich will nicht mit einem Spaten geschlagen werden.»*

(Interview in Ashton, 16.11.2012)

Mit den Protesten und Streiks, die am 6. November 2012 in der südafrikanischen Kleinstadt De Doorns begonnen haben, bringen die LandarbeiterInnen ihre Wut zum Ausdruck, die in ihrer jahrzehntelangen extremen Ausbeutung gründet. De Doorns unterscheidet sich dabei in Nichts von Hunderten kleinen Agrarstädten und -orten in ganz Südafrika; die Missstände sind für die ArbeiterInnen auf den Farmen überall gleich.

Und dennoch: Der Aufstand in De Doorns ist ein historisches Ereignis. So wie die Lonmin-Mine in Marikana für die Minenarbeiter ist De Doorns für die FarmarbeiterInnen Ausgangspunkt breiter Proteste. Die Forderung nach 150 Rand (16 Franken) Tageslohn steht im Zentrum eines sich rasch ausbreitenden Kampfes. An vielen Orten im Westkap ist es seit November zu spontanen Protestaktionen der LandarbeiterInnen gekommen. Menschen, die zeitlebens unter gleichsam feudalen Verhältnissen gearbeitet haben und nicht organisiert waren, stehen mit einem Mal auf und fordern einen Existenz sichernden Lohn und bessere Lebensbedingungen. Regierung und Farmer reiben sich die Augen.

Grossen Anteil an den andauernden Protesten hat die Generation junger Menschen auf dem Land, die die Unterdrückung und ihre missliche Lage nicht länger akzeptieren wollen. Eine führende Rolle haben Frauen inne. In nicht wenigen Fällen stehen sie an vorderster Front. Die Arbeiterinnen auf den Farmen verdienen noch weniger als die Männer, ob sie Arbeit oder eine Wohnmöglichkeit auf den Farmen bekommen, ist zudem noch unsicherer.

Der SOLIFONDS unterstützt aktuell den Kampf der Farmarbeiterinnen und Farmarbeiter in Südafrika für Menschenwürde, Existenz sichernde Löhne und anständige Arbeitsbedingungen.

## **Pakistan: Kampagne nach Fabrikbrand**

Am 9. September brach in einer pakistanischen Textilfabrik des Unternehmens «Ali enterprises» Feuer aus. Die Notausgänge der Fabrik waren verschlossen, die Fenster vergittert, 300 ArbeiterInnen starben in den Flammen. Die Fabrik war eine von rund 10'000 Fabriken in Karachi, in welchen Arbeiterinnen und Arbeiter zu prekärsten Bedingungen arbeiten. Die meisten dieser Fabriken sind nicht bei den Behörden registriert und funktionieren illegal. Immer wieder kommt es zu Bränden oder Arbeitsunfällen. Bereits zum dritten oder vierten Mal brannte es in der Fabrik von «Ali enterprises», diesmal mit verheerenden Auswirkungen.

Pakistanische Gewerkschaften und Arbeitsrechtsorganisationen, die sich auf Initiative des Gewerkschaftsdachverbands NTUF im Workers' Rights Movement zusammengeschlossen haben, kämpfen seit dem Brand für eine Entschädigung der Opferfamilien – keine einfache Angelegenheit, da die ArbeiterInnen keine Arbeitsverträge hatten und die Betroffenen deshalb erst beweisen müssen, dass ihre Angehörigen unter den Brandopfern sind. Drei Monate nach dem Brand vermissten noch immer 61 Familien einen Angehörigen.

Der Fabrikbrand hatte breite Proteste zur Folge. Dabei wurde – zusammen mit der internationalen Clean Clothes Campaign – auch Druck auf die deutsche Billigmarke KIK ausgeübt, für die die Fabrik fast ausschliesslich produziert hatte.

Aufgrund des Ausmasses des Brands und des internationalen Drucks sind die pakistanischen Behörden und die Medien derzeit stark auf die Probleme sensibilisiert. Der Gewerkschaftsdachverband NTUF will diese Situation nutzen und dafür sorgen, dass die Arbeitsbedingungen in den Fabriken tatsächlich verbessert werden, und die Behörden zu wirksamen Massnahmen zwingen. Er hat deshalb mit Unterstützung des SOLIFONDS eine Kampagne für Arbeitsgesundheit und -sicherheit begonnen. Unter anderem fordert er, dass Fabriken gemäss dem Fabrikgesetz registriert und ihre Anlagen auch wirklich von den Behörden überprüft werden, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter schriftliche Verträge bekommen, dass sie in die Sozial- und Altersversicherung aufgenommen werden und dass ihr Recht garantiert wird, sich gewerkschaftlich zu organisieren.

## **Wie kommt es in Südafrika zum Aufstand der FarmarbeiterInnen?**

Für den Aufstand der südafrikanischen LandarbeiterInnen gibt es verschiedene Gründe. Zentral ist, dass sich seit dem Ende des Apartheidregimes 1994 an ihrer Lage nichts verändert hat, trotz verbesserter gesetzlicher Grundlagen. Die heutigen Arbeitsbeziehungen sind gleich wie damals, es handelt sich um quasi-feudale Beziehungen von «MeisterIn» und «DienerIn». Die Abhängigkeit vom Farmer, gerade auf den abgelegenen und weitläufigen Landwirtschaftsbetrieben, ist total. Obwohl der Minimallohn im Agrarsektor 69 Rand (7.40 Franken) pro Tag beträgt, wird den ArbeiterInnen meist weniger ausbezahlt. Mit der mickrigen Entlohnung müssen sie überteuerte Lebensmittel in den Farmläden kaufen, den Farmern Miete für schlechte Unterkünfte ohne sanitäre Einrichtungen bezahlen und – falls die Möglichkeit überhaupt existiert – Schulgeld für die Kinder entrichten. Das hat dazu geführt, dass viele Familien in eine Verschuldungsspirale geraten sind. Zahlreiche schwere Menschenrechtsverletzungen auf Farmen sind bekannt und durch eine Studie von Human Rights Watch belegt (Ripe with Abuse, 2011).

Seit 1994 ist mehr als eine Million Menschen unter Missachtung der geltenden Gesetze von südafrikanischen Farmen vertrieben worden, vor allem ältere ArbeiterInnen, die nicht mehr produktiv tätig waren. Das Arbeitsministerium, das die Arbeitsrechte durchsetzen sollte, hat die Mittel dazu nicht, oder noch schlimmer: Zum Teil stellt es sich auf die Seite der Farmer.

Die Lage der FarmarbeiterInnen wurde zunehmend unerträglich, wie folgende Aussagen deutlich machen:

*«Ich bin 42 Jahre alt. Seit ich 16 war, arbeite ich auf dieser Farm. Vor einigen Jahren errichtete unser Boss diese Häuschen auf seiner Farm und viele von uns zogen hierher. Als wir nun beim Boss wegen der 150 Rand vorsprachen, wurde er wütend und schrie uns an, wir sollten uns verpissen. Er ist so grob, er behandelt uns wie Tiere. Als wir dann im Fernsehen die Ereignisse von De Doorns sahen, beschlossen wir, das Gleiche zu tun.»*

*«Mein Boss besitzt sieben Farmen, aber wir haben nicht einmal Toiletten. Wenn wir Toiletten verlangen, dann sagt er, eher kaufe er eine weitere Farm, als uns Toiletten zu installieren.»*

*«Als ich mich der Gewerkschaft anschloss, sagte der Boss, ich solle von seiner Farm abhauen, er dulde keine Unruhestifter.»*

*«Wir wollten den Streik gerade wieder aufnehmen, da befahl uns der Farmer, uns am Zaun aufzustellen. Dann richtete er sein Gewehr auf uns und drohte, viele von uns umzubringen, sollten wir wieder streiken.»*

*«Ich arbeite auf einer Aprikosenfarm. Für jeden geernteten 25-Kilogramm-Harass erhalte ich 89 Cents (10 Rappen). Wenn ich also schäbige 89 Rand am Tag verdienen will, dann muss ich einhundert Harasse ernten. Am Ende einer solchen Woche habe ich überall Schmerzen und kann kaum noch stehen.»*

### **Der Aufstand dauert an**

Der Aufstand der LandarbeiterInnen hat in den drei Monaten seit seinem Ausbruch verschiedene Formen gehabt: Mal war es ein Streik, mal die Sperrung einer Autobahn, mal eine Demonstration, dann ein Marsch zu einer Polizeistation, um gegen die Übergriffe der Polizei Anklage zu erheben. Die verschiedenen Protestaktionen zeigen, dass die LandarbeiterInnen spontan ihre Wut und

### **Landwirtschaft in Südafrika**

Die Landwirtschaft trägt mit 3,2 Prozent gegenüber der Industrie (31,3) und den Dienstleistungen (65,5) relativ wenig zum Bruttoinlandprodukt von Südafrika bei. Aber sie beschäftigt mehr als 600'000 Menschen und ist damit der arbeitsintensivste Exportsektor (Wein, Früchte, Fleisch). Weitere 300'000 Beschäftigte sind direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängig.

Die Schweiz importierte 2011 für 28 Millionen Franken Früchte aus Südafrika, für 7,6 Millionen Wein und für 4,2 Millionen Fleisch.



LandarbeiterInnen gehören zu den am meisten Ausgebeuteten. – Mehr als verständlich deshalb ihr Slogan «Genug ist genug!»  
Fotos: Katrin Haurreiter

ihre Forderungen zum Ausdruck bringen. Es gibt Verhandlungsversuche zwischen Gewerkschaften und Agrarunternehmern, doch die Proteste gehen weiter. Weiter geht auch die Repression durch die Polizei. Bereits wurden ein Protestierender getötet, viele verletzt und weit über hundert verhaftet.

### Den Aufstand koordinieren und unterstützen

In der teilweise unübersichtlichen Situation haben sich mehrere südafrikanische Basisorganisationen, NGO und Gewerkschaften zu einer Koalition zusammengeschlossen, um die Protestierenden solidarisch zu unterstützen. Die Koalition ist für dringend benötigte finanzielle Mittel an den SOLIFONDS gelangt. Es braucht Geld, um die verschiedenen lokalen Komitees zu koordinieren, um die Solidarität untereinander zu stärken und rassistische Ausbrüche zu verhindern. Vor dem nationalen Parlament soll eine Grossdemonstration organisiert werden. Die Medienarbeit muss verbessert und die Ursachen der Proteste aufgezeigt werden. Die Protestierenden sind auf Nahrungsmittel und Transportmöglichkeiten angewiesen und immer mehr braucht es rechtliche Unterstützung für die Verhafteten und angeklagten AktivistInnen.

Der SOLIFONDS wird diesem Ersuchen der Koalition und der protestierenden LandarbeiterInnen nachkommen und zählt auf Ihre Unterstützung.

### 1913 Native Land Act – 1994 Landreform

1913 trat in Südafrika das «Native Land»-Gesetz in Kraft, welches festschrieb, dass 80 Prozent des Landes den knapp 20 Prozent Weissen gehörte. Die schwarze Bevölkerung wurde in Reservaten (Bantustan) auf dem restlichen Land zusammengepfercht. Sie bildete das billige Arbeitskräftereservoir für die Bergwerke und Farmen.

Mit dem Ende der Apartheid kam ab 1994 die Frage der Agrarreform auf die politische Agenda, wobei sich die ANC-Regierung am Prinzip der Freiwilligkeit des Verkaufs von Grossgrundbesitz und der Entschädigung zu Marktpreisen orientierte. Das Resultat ist ernüchternd. Bis heute wurden weniger als 6 Prozent des Landes, das der schwarzen Bevölkerung weggenommen worden war, zurückgegeben. Eine Agrarreform ist in Südafrika nie richtig in Gang gekommen und der Unmut der schwarzen Landbevölkerung nimmt zu.

### Kolumbien: Minenarbeiter gegen Glencore

Über drei Monate waren die Arbeiter in der Kohlemine der Glencore-Tochter Prodeco im Norden Kolumbiens im Streik. Im November mussten sie den Streik wegen drohender Eskalation abbrechen – der Konflikt mit dem Bergbaukonzern geht aber weiter. Schon lange müsste sich ein Schiedsgericht dem Arbeitskonflikt annehmen, bis heute ist aber nichts passiert und eine Lösung nicht absehbar.

Im Juli letzten Jahres waren die Minenarbeiter in den Streik getreten, nachdem die Verhandlungen zu einem neuen Gesamtarbeitsvertrag gescheitert waren. Der Streik stand von Anfang an unter grosser Spannung: Gemäss der Gewerkschaft Sintramienergética sollten unter dem Schutz staatlicher Sicherheitskräfte Streikbrecher auf Umwegen in die Mine gefahren werden. Als nach über 60 Streiktagen eine staatliche Vermittlungskommission ihre Arbeit aufnehmen sollte, weigerte sich Prodeco, auf diese Vermittlungsbemühungen einzutreten. Derweil ging der Konzern auf juristischer Ebene gegen die Streikenden vor und verlangte gleich mehrfach, dass der Streik illegal erklärt würde. Hintergrund: In der Mine sind drei Glencore-Subunternehmen mit praktisch identischem Management aktiv. Während eines von ihnen, Carbones de la Jagua (CdJ), die grösste Fläche der Mine einnimmt, aber nur etwa 400 Arbeiter beschäftigt, hat CMU eine viermal geringere Fläche, aber 2300 Arbeiter, und CET hat weder Maschinen noch Arbeiter. Da die Arbeiter je nach Bedarf auf die drei Unternehmen verteilt werden, wurden alle drei bestreikt. Der Konzern nutzte diesen Umstand aus und verlangte erst via sein Subunternehmen CdJ die Illegalerklärung des Streiks, und als das Oberste Gericht in Valledupar diesen Antrag abgewiesen hatte, gelangte die CMU mit dem gleichen Anliegen an das Gericht. Zwar hatte der Konzern auch mit dieser Klage keinen Erfolg, die hohen Gerichtskosten belasteten aber die Gewerkschaft enorm. «Prodeco will uns aushungern», schrieb Sintramienergética. Der SOLIFONDS hat die Gewerkschaft mit einem finanziellen Beitrag an den Streik sowie für Rechtshilfekosten unterstützt.

Wir danken Ihnen herzlich  
für Ihre Solidarität!

# INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

«Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS) ist eine kleine Gewerkschaft

von LeiharbeiterInnen in der Zementindustrie im zentralindischen Bundesstaat Chhattisgarh. Der Konzern Holcim ist der weltgrösste Zementproduzent mit Produktionsstätten in über 40 Ländern, rund 24 Zementwerke betreibt Holcim allein in Indien. Die PCSS-GewerkschafterInnen, in zwei Produktionsstätten präsent, sind in der schwächsten Position aller ArbeiterInnen: Sie arbeiten unter prekären Bedingungen mit kläglichen gesetzlichen Schutzmassnahmen. **Was uns in mehr als zwanzig Jahren Kampf für grundlegende Rechte bestärkt hat, ist die Überzeugung, dass es Gerechtigkeit gibt**, sowie die Unterstützung, die wir von Menschen erfahren haben, die wir nicht kannten, aber die über geografische und politische Grenzen hinweg unsere Überzeugung teilen.

Die Stärke unserer Kämpfe ist, dass sie von den ArbeiterInnen geführt werden, die Ungerechtigkeiten nicht hinnehmen wollen. Jedoch fühlen wir uns gegenüber den internationalen UnterstützerInnen zu Dank verpflichtet, die uns bestärkt haben. **Dank unseren FreundInnen in der Schweiz ist das Thema der LeiharbeiterInnen in Jamul oder der enteigneten Bauernfamilien in Rawan an der Holcim-Aktionärsversammlung in Zürich zur Sprache gekommen** und eine kleine Gewerkschaft wie wir hat eine OECD-Klage gegen den Riesenkonzern einreichen können. Und wiederum dank unseren internationalen FreundInnen haben die Medien über zerstörte Dörfer, eingesperrte Gewerkschaftsführer und entlassene ArbeiterInnen in Chhattisgarh berichtet, als sich Holcim ungeniert zu seinem 100. Geburtstag beglückwünscht hat. Dadurch wurden die menschlichen Kosten des «Jahrhunderts des Erfolgs» dieses Konzerns sichtbar.

**Internationale FreundInnen haben uns geholfen, den Raubtier-Charakter des globalen Kapitals zu verstehen.** Dank ihnen haben wir ähnliche Kämpfe gegen Holcim in Mexiko, Kolumbien und anderen Ländern kennengelernt und wissen, dass der Enteignungsfeldzug, der durch Indien zieht, auf grösserer Ebene auch in anderen Ländern stattfindet. Wir haben von LeiharbeiterInnen in Osteuropa und von Gewerkschaftszerschlagungen in den USA gehört. Auch wenn wir diese Erkenntnisse nicht unmittelbar in unserem Kampf umsetzen können, lernen wir mehr über das Monster, das wir bekämpfen.

**Was uns aber vor allem geholfen hat, ist das einfache Wissen, dass wir nicht allein sind.** Dass der Kampf der LeiharbeiterInnen in einem kleinen Teil Indiens von FreundInnen auf der anderen Seite der Welt aufgenommen worden ist. Mit diesen teilen wir weder die Sprache, die Nationalität noch die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft – aber wir teilen den Sinn für Gerechtigkeit; das ist an sich stärkend und ermutigend und kräftigt uns in den schwierigen Momenten unserer Kämpfe.»

Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS)

## «Wir haben das Recht, selber zu bestimmen.»

480 Menschen, darunter 24 Gemeindevorsteher, RepräsentantInnen von 40 Gemeinden und VertreterInnen von über 80 sozialen Organisationen, haben sich vom 17. bis 20. Januar im mexikanischen Capulálpam de Méndez versammelt. Zusammen mit Betroffenen aus weiteren zentralamerikanischen Ländern haben sie sich über die zerstörerischen Auswirkungen der Bergbauindustrie auf ihren Lebensraum ausgetauscht und gemeinsame Gegenstrategien entworfen. Der SOLIFONDS hat dieses Treffen finanziell mitunterstützt.

Capulálpam liegt in der Sierra del Norte in Oaxaca inmitten eines Gebiets, in dem mehrheitlich indigene Gemeinschaften leben. Bis in die 1980er Jahre wurden dort Mineralien und der Wald durch konzessionsierte Unternehmen ausgebeutet. Der gemeinsame Widerstand mehrerer Gemeinden hatte zur Folge, dass die Regierung Konzessionen aufhob. Capulálpam ist ein Beispiel dafür, wie ein durch die Minentätigkeit schwer geschädigtes Gebiet langsam wieder für eine nachhaltige Produktion und die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen genutzt werden kann.

Seit 2010 sollen erneut Konzessionen für den Abbau von Gold und Silber in der Sierra – auch in Capulálpam – vergeben werden, obwohl die indigenen Gemeinden sich klar dagegen ausgesprochen haben. Deshalb hat das mexikanisch-zentralamerikanische Treffen gegen die Bergbautätigkeit dort stattgefunden. Die Versammlung hat einen ganzen Katalog von Anklagen und Gegenmassnahmen zusammengetragen. Am Schluss der Resolution steht der alles klärende Satz: «Wir haben das Recht, NEIN zu sagen zu einer Entwicklung, die uns aufgezwungen wird. Und wir haben das Recht, unsere Wirtschaftsweise und unser soziales, politisches und kulturelles Zusammenleben selber zu bestimmen.»

### Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»  
Redaktion: Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann  
Druck: printoset, Zürich